

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 187. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags.
Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post 3 Loty 5.—, wöchentlich 3 Loty 1.25; Ausland: monatlich 3 Loty 8.—, jährlich 3 Loty 96.—, Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Betriauer 109
 Telefon 136-90. Postcheckkonto 63.508
 Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
 Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengefaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreifach gefaltene 9. Jahrg Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Loty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Brestprozeß en gros in Lemberg?

Geheimnisvolle Mission des Untersuchungsrichters Demant. Der Vorsitzende des Gerichtshofes bereits ernannt.

Seit einigen Tagen weilt der Untersuchungsrichter für besondere Angelegenheiten beim Appellationsgericht in Warschau, Demant, in Lemberg, und zwar, wie erklart wird, im Zusammenhange mit der Aushebung der Kommunistenorganisationen im östlichen Kleinpolen. Bekanntlich hatte man vor kurzer Zeit in jener Gegend zahlreiche Verhaftungen unter den Ukrainern vorgenommen, die angeklagt sind, der ukrainischen kommunistischen Kampforganisation, die sich die Lostrennung der Ukraine von Polen zum Ziel gesetzt hat, anzugehören. Richter Demant, der, wie bekannt, auch die Untersuchung gegen die ehemaligen Brest-Gefangenen besorgt hatte, leitet nun auch die Untersuchung gegen die ukrainischen Kommunisten.

Gleichzeitig soll aber sein Aufenthalt in Lemberg noch einen anderen Zweck verfolgen. Man beabsichtigt nämlich — diese Ansicht wird auch in politischen Kreisen verbreitet —

die Prozesse der ehemaligen Brest-Gefangenen gemeinsam in einer großen Verhandlung zu erledigen.

Andernfalls müßten sich nämlich eine ganze Reihe von Gerichten im Lande mit einem Brestprozeß beschäftigen, entsprechend dem Wohnsitz der Angeklagten oder den Orten, an denen sie ihre „Verbrechen“ begangen haben sollen.

Ob hier die „Sparmaßnahmen“ oder politische Motive für diese „Kollektivierung“ der Brestprozeße den Ausschlag geben sollen, wird nicht verraten. Man kann sich aber leicht vorstellen, daß sich die obersten Stellen

nicht wünschen, daß die Prozesse um Brest „unter die Leute“, d. h. unter viele und verschiedene Richter kommen.

Das hat man schließlich bei dem berühmten Centrolew-Prozeß und dem „Bomben“-Prozeß in Warschau gesehen. Man erinnert sich an die freistündigen Anordnungen einiger Gerichtspräsidenten der „Provinz“ (in Krakau, in Bromberg), die die Brest-Gefangenen als Zeugen in kleineren Brest-Prozessen hören wollten. Der freie Sinn dieser Richter wurde damals in andere Bahnen geleitet, und auf höheren Befehl mußte man auf die Aussagen der Brest-Gefangenen verzichten, die vielleicht manches ausgesagt hätten, was der Wahrheit entspricht, was aber für manche Stellen durchaus nicht erwünscht gewesen wäre.

Deshalb will man auch jetzt sämtliche Prozesse gegen die ehemaligen Gefangenen von Brest zu einem einzigen zusammenlegen, eigens hierzu ein besonderes Richterkomplett ernennen und die Prozesse en-gros zur Verhandlung bringen.

Zu diesem Zweck wurde bereits **der Vorsitzende des Wilnaer Bezirksgerichts, Raduszkiwicz, nach Lemberg versetzt,**

wo der neuernannte Gerichtsvorsitzende die Verhandlung im Brest-Prozeß leiten soll. Richter Demant soll zu diesem Zwecke auch nach Lemberg gefahren sein, um seine Vorbereitungen für diesen Prozeß, auf den nicht nur Polen, aber die ganze zivilisierte Welt wartet, zu treffen.

Polnisches Angebot an Rußland?

Bemerkenswerte Ausführungen eines Regierungsorgans.

Die Warschauer „Gazeta Polska“ brachte einen Artikel, der sich mit dem Verhältnis Polens zu Rußland befaßt und in dem der Moskauer Regierung ein politischer Ausgleich mit Polen und insbesondere eine gegenseitige Grenzgarantie nahegelegt wird. Das Blatt meint, das Nichtzustandekommen eines solchen Ausgleichs liege nur in deutschem Interesse. Die russische Diplomatie wird dann auf den kürzlich abgeschlossenen deutsch-rumänischen Handelsvertrag aufmerksam gemacht, der als Beweis dafür angeführt wird, daß Deutschland keineswegs einseitig für Rußland Partei nehme.

Schließlich folgt der positive Vorschlag zu einer Grenzgarantierung der heutigen russischen Westgrenze in einer bemerkenswerten neuen Form. Während nämlich früher von polnischer Seite daran festgehalten wurde, daß ein Nichtangriffspakt mit Rußland gemeinsam von allen westlichen Nachbarstaaten der Sowjetunion abgeschlossen werden müßte, scheinen die Informanten des Warschauer Blattes jetzt einen solchen Vertragsabschluss sogar ohne ihren rumänischen Verbündeten durchführen zu wollen. Rußland könne, so wird ausgeführt, gewisse Vorbehalte, z. B. in der besarabischen Frage machen, aber das würde seine friedliche Gesamtpolitik nicht beeinflussen müssen. Diese Friedenspolitik, die der Bolschewismus als Neupause brauche, werde Moskau hoffentlich nicht den Interessen der deutschen Grenzrevisionspolitik opfern.

Man darf annehmen, daß ein solcher Leitartikel in dem streng offiziellen Blatt kaum erscheinen würde, wenn nicht gleichzeitig auch entsprechende diplomatische Angebote an die Russen gerichtet würden. Die Gedankengänge, die das Warschauer führende Pilsudski-Blatt hier vertritt, sind von denen der oppositionellen deutschfeindlichen Nationaldemokraten, die ja auch ständig den Ausgleich mit Rußland und die Front gegen Deutschland predigen, kaum mehr zu unterscheiden. Eine solche Stimmungsentwicklung in Warschau ist zweifellos durch die Passivität der deutschen Außenpolitik gegenüber Polen gefördert worden, die in der Nichtratifizierung des Handelsvertrages und der Aufgabe aller kleinen wirtschaftlichen Bindungen, wie Holzabkommen und Roggenabkommen, zum Ausdruck gekommen ist.

Die Regierung in Ferien.

Augenblicklich weilen bereits sieben Minister in Ferien. Ministerpräsident Oberst Brystor begibt sich bereits in der zweiten Hälfte des Juli in Urlaub. Pilsudski ist in Pilszki.

Die Ferienzeit ist in vollem Gange —

In Audienz beim Staatspräsidenten.

Staatspräsident Moscicki empfing gestern eine Abordnung von Vertretern der Verbände der Industrie, des Handels und der Finanzleute sowie den Regierungskommissar der Stadt Gdingen, Babierzowski, zur Audienz.

Der Staatspräsident zur Erholung.

Staatspräsident Moscicki hat sich gestern nebst Gemahlin nach seinem Schloß in Wisla im Teschener Schlesiens zur Erholung begeben. Er wird mehrere Wochen von Warschau abwesend sein.

Beste kurze Nachrichten.

Das Gericht in K o l o m y j a hat den Michajlo Stadniczak zum Tode verurteilt, weil dieser aus Gewinnsucht seine Mutter erwürgt hat.

In der Siedlung Ciemiemi im Dorfe Szuruch bei Brest a. B. erschloß der Knecht Kotowski die 21jährige Eudolfa Balach. Grund zu der Mordtat war unglückliche Liebe. Der Mörder wurde verhaftet.

In einigen Ortschaften des Brest-Kreises wurden kommunistische Transparente ausgehängt. In Brest sind zahlreiche kommunistische Aufrufe verteilt worden.

Der für gestern vorbereitete kommunistische „Hungertag“ in Oberschlesien hat überall Fiasko erlitten. In Stellen, wo sich kleine Gruppen anjammelten, wurden sie von der Polizei auseinandergetrieben.

Internationale Anleihe für Polen?

Das Warschauer Nachmittagsblatt „Kurjer Czerwony“ weiß zu berichten, daß hohe französische Regierungsstellen im Zusammenhang mit der Erledigung des Hoover-Planes nunmehr auch der polnischen Wirtschaftskrise ihr Interesse zugewandt hätten und bestrebt seien, auch Polen zu Hilfe zu kommen. Diese beabsichtigte Hilfsaktion stehe im Zusammenhange mit der vom Gouverneur der Bank von England geäußerten Ansicht, daß neben Deutschland auch den anderen europäischen Staaten, die von der Wirtschaftskrise stark betroffen sind, zu Hilfe geeilt werden müßte. Der

französische Unterstaatssekretär Francois Poncet habe sich an die Spitze einer Mission gestellt, die die wirtschaftliche Lage in Polen in Hinblick auf eine Anleihe untersuchen und sich mit den polnischen Plänen zur Bekämpfung der Anleihe bekanntmachen solle.

Danach käme

eine internationale Anleihe für Polen in Höhe von 2 Milliarden Franc, die Frankreich garantieren würde, in Betracht, die vielleicht durch die BIZ (Bank für Internationale Zahlungen) erteilt werden würde.

gen waren zum Teil so schwer, daß sechs Personen in das Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Am Donnerstag begab sich eine deutsche Delegation zum Bürgermeister, um dort gegen die neuerlichen Schikanen der Aufständischen zu protestieren. Die Polizei verhaftete mehrere Aufständische, welche sich augenblicklich noch in Gewahrsam befinden.

Besserung im Befinden Daszynskis.

Bekanntlich war der ehem. Sejmmarschall J g n a c h Daszynski vor einiger Zeit schwer erkrankt. Er mußte ein Erholungsheim in Bystra in den Beskiden aufsuchen, wo er sich auch noch jetzt befindet. Genosse Daszynski leidet an einer Herzkrankheit. Gegenwärtig ist im Befinden Daszynskis eine bedeutende Besserung eingetreten.

Polnischer Arbeitererport nach Lettland

Wie der „Dziennik Wilenski“ berichtet, sind vorgestern 1250 polnische Arbeiter zur Landarbeit nach Lettland gefahren. Die Arbeiter sind aus dem Wilnaer Gebiet.

Der Terror beginnt schon wieder.

Deutsche von Aufständischen in Siemianowiz blutig geschlagen.

Skandalöse Vorfälle abscheulichster Art spielten sich in Siemianowiz ab, bei denen uniformierte Aufständische wieder einmal die traurige Hauptrolle spielten. Im Anschluß an eine Übung im Bienenhofpark zogen sich etwa zwanzig Aufständische von dem Haupttrupp ab und durchzogen die Straßen. Hier

schlugen sie mit Stöcken jeden Passanten blutig, welcher deutsch sprach.

Dabei riefen sie: „Die Deutschen und Kommunisten müssen hier raus.“

Aus einzelnen Fenstern wurde bei Verübung dieser Rohheitsakte um Hilfe gerufen. Darauf nahmen die Bomben Ziegelsteine und zertrümmerten mit diesen die Fenster, aus denen in deutscher Sprache nach der Polizei gerufen wurde. Selbstverständlich erschien die Polizei erst am Tatort, als die Aufständischen wieder einmal an den wehrlosen Deutschen ihr Mäuschen aeküßelt hatten. Die Verlegun-

